

Thailand und China machen Front gegen Vietnam

Anfang des Jahres kam es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Thailand, Laos und Vietnam über die Nutzung des Mekong. Ende Februar hatte Thailand eine Tagung des Mekong-Komitees organisiert, auf der Kambodscha, dessen Mitgliedschaft während des Kambodscha-Konflikts geruht hatte, wieder offiziell in die Gemeinschaft aufgenommen werden sollte. Das Komitee wurde 1957 mit westlicher Unterstützung von den vier Mekong-Anrainerstaaten Laos, Thailand, Kambodscha und Vietnam gegründet und widmet sich der Erforschung und Nutzung des Flusses, unterstützt Entwicklungsprojekte und koordiniert die Zusammenarbeit der Mitglieder. 1975 wurde eine Satzung verabschiedet, die eine detaillierte Informationspflicht über geplante Projekte für alle Mitgliedsstaaten und ein Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedes vorsieht. 1978 wurde beschlossen, die aktive Arbeit der Organisation erst nach Wiederaufnahme Kambodschas fortzusetzen. Thailand, das nun im Rahmen des Kong-Chi-Moon-Projektes den ariden Nordteil des Landes mit Wasser aus dem Mekong bewässern möchte, weigert sich, zu den Vereinbarungen von 1975 zurückzukehren. Offenbar beabsichtigt Thailand die Gründung eines völlig neu strukturierten Mekong-Komitees unter Beteiligung aller sechs Anliegerstaaten unter Einbeziehung Chinas und Burmas, während Vietnam und Laos auf der Einhaltung der Vereinbarungen von 1975 bestehen, da sie fürchten, daß durch die von Thailand beabsichtigte Umleitung erheblicher Wassermengen aus dem Mekong zu wenig Wasser für die Regionen im Mündungsgebiet des Flusses übrigbleibt: Insbesondere Vietnam befürchtet eine Versalzung der Felder. Der schwelende Konflikt hat sich indessen so weit zuspitzt, daß Thailand dem Mekong-Sekretariat unterstellt, in Vietnam, Laos und Kambodscha Stimmung gegen Thailand zu machen. Der Leiter des Sekretariats, Chuck Lankester, wurde von den thailändischen Behörden Ende März zum Rücktritt sowie zum Ver-

lassen des Landes aufgefordert.

Ebenfalls verschärft hat sich das Verhältnis Vietnams zu China. Nach dem Tauwetter der vietnamesisch-chinesischen Beziehungen im Sommer 1991, das seinen Höhepunkt im Herbst vergangenen Jahres nach dem Rücktritt des prowestlichen Außenministers Nguyen Co Thach in einem Gipfeltreffen der Staatschefs beider Länder in Beijing gefunden hatte, kam es nun erneut zum Ausbruch der bisher sorgsam ausgesparten Konflikte. Ein wesentlicher Streitpunkt ist die territoriale Zugehörigkeit der Spratley-Inseln, auf die neben China und Vietnam auch Taiwan, Malaysia, die Philippinen und Brunei Anspruch erheben. Im Februar hatte China von allen Schiffen, die die Inselgruppe durchqueren, eine von chinesischen Behörden ausgestellte Durchfahrtsurkunde verlangt. Im Mai hatte China die in Colorado ansässige Creston Energy Corp. beauftragt, in dem vermutlich erdölkreichen Gebiet der Spratley- und Paracel-Inseln mit Probebohrungen zu beginnen. Hanoi betrachtet dies als Verletzung seiner territorialen Souveränität und übersandte der Pekinger Führung eine Protestnote, sprach sich aber für eine friedliche Lösung der Konflikte aus.

Vgl. FEER 2.4.; 16.7. 92; VNI 4/92; VNI 6/92; VNI 7/92;

Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Der Besuch des vietnamesischen Außenministers Nguyen Van Cam in der Bundesrepublik Deutschland vom 6.-11. Juni stand unter dem Zeichen verbesserter wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Bei einem Treffen mit Bundesaußenminister Klaus Kinkel (F.D.P.) unterzeichnete Cam ein Reintegrationsabkommen, das die Wiedereingliederung freiwillig aus Deutschland nach Vietnam zurückkehrender vietnamesischer Staatsbürger mit insgesamt 10 Mio. DM unterstützen soll. Damit sollen vor allem Weiterbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte in beiden Ländern sowie Existenzgründungen von Rückkehrenden durch Beratung, Kredite und Zuschüsse gefördert werden. Dr. Ludolf von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des BDI, erklärte, er habe sich bei einem Besuch in Vietnam im März von der "Parallellität von wirtschaftlichen und politischen Reformen" überzeugen können. Insbesondere die vietnamesische Bauindustrie sowie der Tourismus könnten durch deutsche Hilfe gefördert werden; Bonn sei zur Förderung der vietnamesischen Wirtschaft bereit und werde im Sommer ein Exportförderungsseminar in Vietnam anbieten. Da die vietnamesische Wirtschaft ohne die Hilfe von Weltbank, Internationalem Währungsfond sowie anderer Kreditgeber nur schwerlich

aufgebaut werden könne, sei der BDI schon bei seinen amerikanischen Partnern wegen der Aufhebung des US-Handelsembargos vorstellig geworden. Nach Aussagen von Cam sind für die bilateralen Beziehungen insbesondere ein Investitionsschutzabkommen, eine Regelung zur Doppelbesteuerung sowie ein Luftfahrtsabkommen erforderlich. Der deutschen Wirtschaft bot er u.a. Investitionsprojekte zum Aufbau von Ölraffinerien, zum Ausbau der Stahlindustrie, der Düngemittelproduktion, der Kohleförderung, des Bauxitabbaus, der Luftfahrt und des Schienennetzes an; auch die Textilindustrie bedürfe neuer Investitionen, zumal der Maschinenpark erst kürzlich mit japanischer Hilfe modernisiert worden sei.

Vertreter der deutschen Bekleidungsindustrie halten es inzwischen für wahrscheinlich, daß Vietnam schon bald ein bedeutendes Lieferland für Fertigtexilien sein wird. Die Produktionskosten seien mit Monatslöhnen zwischen 30 und 40 US\$ in Vietnam noch günstiger als in anderen südostasiatischen Billiglohnländern. Als erstes deutsches Bekleidungsunternehmen errichtet die Triumph International AG bei Ho-Chi-Minh-Stadt ein Werk zur Herstellung von Mieder- und Sportbekleidungswaren.

Vgl. VNI 6/92; 7/92



Vorwärts mit dem Sozialismus ... - Der Staat aber flirtet mit dem Kapitalismus

aus: FEER v. 20.8.92, S. 50

Kurzmeldungen

Zusammen mit Laos hat Vietnam den **ASEAN-Freundschaftsvertrag** unterschrieben und somit den ersten Schritt in Richtung Vollmitgliedschaft im südostasiatischen Staatenbund getan. Die beiden Länder haben zur Zeit noch Beobachterstatus, werden aber mittelfristig, d.h. in ein bis zwei Jahren, die Vollmitgliedschaft in der ASEAN erhalten. (vgl. DW 27.7.92; VNI 7/92).

Die **USA lockern das Handelsembargo** immer mehr. Nachdem die Restriktionen in den Bereichen Telekommunikation, Reisen und Finanztransfers gemildert wurden, soll nun der Agrarsektor allmählich geöffnet werden, so daß Amerikaner schon bald in Vietnam landwirtschaftliche Produkte an- und verkaufen können. Eine Aufhebung des Embargos wird jedoch erst in den ersten Monaten nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl ab Januar 1993 erwartet. (vgl. VNI 7/92)

Der Wechselkurs des **Dong bleibt stabil**. Ende Juli betrug er für 1 US\$ 11.060 Dong, trotz einer für 1992 geschätzten Inflationsrate von 30-40%. (vgl. VNI 7/92)

Wegen der verbesserten wirtschaftlichen Zusammenarbeit beabsichtigen Vietnam und **Südkorea** die Errichtung von **Verbindungsbüros** in den beiden Hauptstädten sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen noch in diesem Jahr. Der bilaterale Außenhandel hatte im vergangenen Jahr ein Volumen von 125 Mio. US\$ erreicht; die südkoreanische Hyundai Corp. wurde kürzlich vom vietnamesischen Energieministerium mit der Errichtung einer Hochspannungsleitung zwischen Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt im Wert von 40 Mio. US\$ beauftragt. (vgl. VNI 7/92)

Neue Verfassung sichert Position der Kommunistischen Partei

Am 15. April verabschiedete die Nationalversammlung nach überraschend hitziger Debatte die neue Verfassung, die die wirtschaftliche Liberalisierung ebenso festschreibt wie die führende Rolle der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV). Völlig neu ist die Abschaffung des Ministerrats, der bisher als ständiger Ausschuß des Parlaments die Politik des Landes wesentlich mitbestimmte und dessen Vorsitzender als Staatsoberhaupt fungierte. Der Ministerrat wird durch einen Präsidenten ersetzt, der nicht nur Repräsentationsaufgaben zu erfüllen hat, sondern auch mit politischen Kompetenzen ausgestattet wird. So wird er Oberster Kommandant der Armee und Vorsitzender des neu zu schaffenden Rates für Verteidigung und Sicherheit. Ferner nominiert er Kandidaten für die Ämter des Ministerpräsidenten, des Obersten Richters und des Chefinspektors, wobei das Parlament deren Ernennung zustimmen muß. Als aussichtsreichster Kandidat für das Präsidentenamt wird derzeit Le Duc Anh gehandelt. Der Ex-Verteidigungsminister und zweithöchstes Mitglied des Politbüros ist im vergangenen Jahr v.a. durch die Neustrukturierung der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik hervorgetreten.

Mit größerer Machtbefugnis ausgestattet wird auch das Kabinett, das unter der Leitung des Premierministers die Politik des Landes bestimmen und den schwerfälligen Ministerrat ersetzen soll. Der Premier kann die Regierungsmitglieder selbst bestellen und entlassen, bedarf hierfür allerdings auch der parlamentarischen Zustimmung. Anders als Präsident und Premierminister müssen die Kabinettsmitglieder nicht im Parlament vertreten sein. Es wird erwartet, daß Vo Van Kiet, der bisherige Vorsitzende des Ministerrats, in das Amt des Premierministers gewählt und auch eine größere Regierungsumbildung nach der nächsten Nationalversammlung vorgenommen wird. Neben diesen Änderungen schreibt die neue Verfassung die Liberalisierung der Wirtschaft fest und setzt den wirtschaftlichen Reformkurs

der KPV fort. Sie erlaubt Privatleuten u.a. den Besitz von Produktionsmitteln und genehmigt die Übertragung von Landnutzungsrechten. Das Land bleibt Staatseigentum, das Recht zur Nutzung kann jedoch nun vererbt werden.

Bei den Parlamentswahlen, die am 19. Juli stattfanden, wurden von 601 Bewerbern 395 Parlamentarier gewählt. Obwohl ein im April verabschiedetes Gesetz die Bewerbung unabhängiger Kandidaten erlaubt und sich 32 freie Bewerber zur Wahl stellen wollten, wurden aufgrund der strengen Bedingungen nur zwei unabhängige Kandidaten (ein stellvertretender Schullektor sowie der Direktor einer Import-Export-Firma, beide aus zentralvietnamesischen Provinzen) zugelassen: Unabhängige Bewerber mußten die Zustimmung ihrer Nachbarn, ihrer Arbeitskollegen und der Vaterlandsfront, einer Massenorganisation, die u.a. Arbeiter-, Jugend- und Frauengruppen vereint, haben. Die Vaterlandsfront leitet die Durchführung der Parlamentswahlen. Durch diese Regelung soll offenbar gewährleistet werden, daß der Partei unliebsame Kandidaten aus "formellen Gründen" von der Wahl ausgeschlossen werden können, so daß der Einfluß der KPV im neuen Parlament, das im September zu seiner ersten Sitzung zusammentreten soll, nach wie vor ungebrochen ist. Drei Viertel der Abgeordneten des alten Parlaments sind nicht mehr vertreten, der Anteil der Militärs sank von 19 auf 7%. Ein Drittel der Abgeordneten soll künftig hauptamtlich in der Legislative tätig sein und die Regierungsarbeit des Kabinetts begleiten. Hauptaufgaben der Konstituierenden Sitzung im September werden u.a. die Wahl des Präsidenten und des Premierministers sein. Trotz der großen Veränderungen war das öffentliche Interesse an der Parlamentswahl eher gering. Einer der Hauptgründe hierfür dürfte in einer gewissen Politikverdrossenheit angesichts steigender Korruption, zunehmender Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Ungleichheit zu suchen sein.

Vgl. FEER 30.4.; 9.7.; 30.7.92.

Kurzmeldungen

Seit 1989 sind nach Angaben von Jaques Mouchet, Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissariats, mehr als **26.000 Vietnamesen** freiwillig aus Nachbarstaaten nach Vietnam **zurückgekehrt**. Keiner der Rückkehrer sei wegen seiner Flucht zur Rechenschaft gezogen worden. (vgl. VNI 7/92)

Unter den **ausländerfeindlichen Krawallen**, insbesondere in den **neuen deutschen Bundesländern**, leiden zunehmend auch vietnamesische Bürger. So wurde u.a. am 15. Juli ein 21-jähriger Vietnameser in seiner Wohnung in Leipzig von fünf Maskierten überfallen und schwer verletzt. Bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Rostock kamen 115 Vietnamesen und ein deutsches Kamerateam nur durch Glück mit dem Leben davon, als das Asylantenheim im Stadtteil Lichtenhagen angegriffen und in Brand gesteckt wurde. (vgl. FR 26.8.92; VNI 7/92)

Vom 3.-25.9. findet in der Berliner Buchhandlung SNAC (Meineckestr. 20-24, 1000 Berlin 15) eine **Ausstellung zeitgenössischer vietnamesischer Maler** statt. Die Ausstellung wird danach auch auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober zu sehen sein. (vgl. VNI 7/92)

Seit **27.12.1975** ohne Anklageschrift bzw. Gerichtsurteil **inhaftiert** ist der 70-jährige **Anwalt und Autor Nguyen Khac Chinh**; mindestens zwei weitere Menschen werden seit bis zu 17 Jahren auf gleiche Weise in vietnamesischen Gefängnissen festgehalten. (Info: ai-Ko-Gruppe Vietnam, c/o J. Menze, Wilhelmstr. 6, 8000 München 40). (vgl. VNI 7/92)